



„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



Hans-Willi Körfges
(SPD)



Peter Biesenbach
(CDU)

Handyortung, Videoüberwachung, Datenspeicherung – das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit oder von polizeilichen Ermittlungsmethoden und Persönlichkeitsrechten bewerte ich als ...

... ausgewogen. Freiheit und Sicherheit dürfen sich nicht ausschließen. Effektive Polizeiarbeit muss den Schutz der Bürgerrechte beachten. Das Polizeigesetz bringt beide Seiten in ein ausgewogenes Verhältnis.

... teilweise unausgewogen. Dass unsere Polizei nach dem gescheiterten Bombenanschlag Ende 2012 am Bonner Hauptbahnhof tagelang in umliegenden Geschäften nach Videobildern von den Tatverdächtigen fragen musste, macht deutlich, dass die polizeilichen Ermittlungsbefugnisse in NRW nach wie vor defizitär sind.

Die Polizei steht vor neuen Herausforderungen. Randalisierende Fußballfans, rivalisierende Rockerbanden, extremistische Gesinnungen erfordern zeitgemäße Rahmenbedingungen für die Beamtinnen und Beamten. Diese Rahmenbedingungen sehe ich in NRW ...

... als gegeben an. Das Polizeigesetz enthält effektive Instrumente, um den Herausforderungen wirksam zu begegnen. Das soll auch so bleiben. Deshalb wollen wir es an die jüngsten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Datenverarbeitung anpassen. Bewährte Mittel der Gefahrenabwehr sollen erhalten bleiben. Denn für unsere Polizei gilt: Wirksamkeit und Rechtsstaatlichkeit gehören zusammen.

... stark in Gefahr, da Innenminister Jäger regelmäßig tausende von Polizeibeamten zu Show-Einsätzen, wie den landesweiten ‚Blitz-Marathons‘ abkommandiert. Diese Aktionen werden von Verkehrswissenschaftlern als ‚werblich wirksam, aber sinnlos‘ bezeichnet, kosten den Steuerzahler eine Menge Geld und bringen die Verbrechensbekämpfung weitgehend zum Erliegen.

Damit straffällige Jugendliche möglichst nicht auf eine dauerhaft schiefe Bahn gelangen, sondern aus ihren Fehlern lernen, kommt es darauf an, ...

... kriminelle Tendenzen bereits früh zu verhindern. Initiativen wie beispielsweise „Kurve kriegen“ helfen Kindern und Jugendlichen, die auf die schiefe Bahn geraten sind, wieder auf Kurs. Aber auch die Einrichtung weiterer Häuser des Jugendrechts ist hier ein wichtiger Akzent von Rot-Grün. Das Schicksal des Jugendlichen bleibt nicht einfach „eine Akte unter Vielen“, sondern Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendamt und Jugendgerichtshilfe stimmen sich sehr eng ab und sorgen für den Weg in ein selbstbestimmtes straffreies Leben.

... delinquentes Verhalten frühzeitig und konsequent zu ahnden. Bewährungsstrafen werden in diesem Zusammenhang leider häufig als Freispruch empfunden. Deshalb begrüße ich es, dass die Bundesregierung letztes Jahr die Verhängung des sog. „Warnschussarrests“ gegenüber Jugendstraftätern ermöglicht hat. Dadurch können Gerichte neben einer Bewährungsstrafe einen Arrest von bis zu vier Wochen verhängen.

Das Bundesverfassungsgericht hat verlangt, dass sich die Sicherungsverwahrung deutlich vom Strafvollzug unterscheiden muss. Dieses Ziel sehe ich im jüngst verabschiedeten Gesetz ...

... verantwortungsvoll umgesetzt. In NRW ist diese Umsetzung im Einklang mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gelungen. Das Gesetz zum Vollzug der Sicherungsverwahrung trägt dem Sicherheitsbedürfnis der Allgemeinheit Rechnung und setzt dabei gleichzeitig auf einen freiheitsorientierten und therapieorientierten Vollzug der Sicherungsverwahrung. Der Opferschutz wird im Gesetz ausdrücklich und effektiv festgeschrieben.

... größtenteils verfassungskonform umgesetzt. Wie die Expertenanhörung im Rechtsausschuss ergeben hat, wies der angesprochene Gesetzentwurf der Landesregierung jedoch an anderen Stellen mehrere Schwachstellen auf. Da die regierungstragenden Fraktionen unsere diesbezüglichen Änderungsvorschläge leider nicht aufgreifen wollten, mussten wir den Gesetzentwurf letztlich ablehnen.



Diesmal zum Thema „Recht und Ordnung“

Dagmar Hanses
(GRÜNE)



... wechselseitig. Freiheit heißt, sich unbeobachtet im öffentlichen Raum bewegen zu können. Neben der öffentlichen Sicherheit müssen auch die eigenen Daten und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gesichert sein. Es geht um die Balance zwischen Freiheitsrechten und staatlichen Eingriffen. Für ein vermeintliches Mehr an Sicherheit dürfen wir unsere Freiheits- und Bürgerrechte nicht aufgeben.

... als insgesamt günstig an. Die Polizistinnen und Polizisten in NRW sind durch ihr Studium sehr gut ausgebildet, unsere Einsatzhundertschaften sind in ganz Deutschland hoch angesehen und für ihre deeskalierende Vorgehensweise bekannt. Die Neueinstellungen hat Rot-Grün auf 1.400 Personen erhöht, um die hohe Anzahl von Pensionierungen in den nächsten Jahren abzufedern.

... dass frühzeitig eingegriffen wird. Den Jugendlichen müssen Wege aus der Kriminalität aufgezeigt werden. Dazu bedarf es konsequenter und nachhaltiger pädagogischer Konzepte, die den Jugendlichen ein straffreies Leben aufzeigen und die zusammen mit allen Institutionen umgesetzt werden müssen. Das alleinige Wegsperrn ist wenig zielführend. Die Ausgestaltung der Strafe sollte im inhaltlichen Zusammenhang mit der Tat stehen.

... umgesetzt. Mit unserem Gesetz haben wir ein freiheitsorientiertes und therapieausgerichtetes Gesamtkonzept entwickelt, das dem vom Bundesverfassungsgericht geforderten Abstandsgebot nachkommt. Dazu haben wir die Therapiemöglichkeiten gestärkt, gestalten die Sicherungsverwahrung opferorientiert aus, führen eine gestufte Art und Weise der Lockerung ein und stärken das Übergangsmanagement für das Leben nach der Sicherungsverwahrung.

Dr. Robert Orth (FDP)



... gefährdet. Durch immer neue Begehrlichkeiten und ständige Gesetzesverschärfungen der rot-grünen Parlamentsmehrheit wird zu stark in die Privatheit der Bürger eingegriffen. Die Balance von Sicherheit und Freiheit ist nicht mehr gewahrt.

... durch unnötige Diskussionen über Stellenabbau bei der Polizei und eine diffuse Besoldungspolitik gefährdet. Unter Rot-Grün sind Konzeptlosigkeit gegen steigende Einbruchszahlen, ungenutzte polizeiliche und strafprozessuale Maßnahmen gegen Gewalt im Fußball, Defizite im Einsatz gegen gefährliche Salafisten und Rocker an der Tagesordnung. Die FDP hat diese Punkte im Landtag thematisiert und kritisiert.

... schnelle und zielgerichtete Sanktionen und Hilfestellungen zu gewährleisten. Rot-Grün nimmt sich der zu langen Wartezeiten zwischen Urteil und Arrest nicht an. Wir müssen im Übrigen zu einem ganzheitlichen Ansatz kommen – von der Vorbeugung über Jugendhilfeangebote bis hin zur Repression.

... von Rot-Grün im Detail nicht ausreichend vollzogen. Ein Gesetzentwurf zu einer derart sensiblen Materie darf keine augenscheinlichen Lücken, Widersprüche und Ungenauigkeiten enthalten wie der verabschiedete Entwurf. Deshalb hatte die FDP umfassende Änderungen – gerade die Aufnahme von Vorschriften für den Vollzug der Freiheitsstrafe bei angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung – gefordert.

Dietmar Schulz
(PIRATEN)



... gestört. Eine beinahe totale, anlasslose Überwachung ist unverhältnismäßig. Überwachungstechnik verschafft uns keine Gewaltfreiheit, sondern lediglich ein falsches Gefühl von Sicherheit. Auf dem Weg zu einer Informations- und Wissensgesellschaft fragen wir immer wieder, ob der Einsatz elektronischer Überwachung angemessen und notwendig ist. Jede Überwachung ist ein Eingriff in die Privatsphäre.

... derzeit nicht! Beamte müssen immer mehr leisten, bei immer weniger Geld unter schlechter werdenden Umständen bei steigenden Krankenständen und Überstundenkonten. Das senkt die Motivation und führt zu körperlichen und psychischen Überlastungen. Mehr Beamte und eine bessere Fortbildung wären die Lösung. Nicht hinnehmbar hingegen: Aufgaben zwischen Polizei und Verfassungsschutz hin- und herzuschieben.

... dass sich abzeichnende problematische Lebenswege früh durch Betreuungs- und Bildungsangebote aufgegriffen werden. Sanktionen, wie Haft oder Arrest, müssen letztes Mittel bleiben. Unser Ziel ist es, auf freiheitsentziehende Maßnahmen zu verzichten. Dies kann aber nur erreicht werden, wenn neben der Bildung auch die sonstigen sozialen Komponenten schon in den Familien hinreichende Stützung erfahren.

... gegeben. Sicherungsverwahrung ist Freiheitsentzug, nachdem die vorangegangene Tat durch Strafhaft gesühnt ist. Der Anspruch des Verwahrten auf Freiheit steht dem Anspruch der Öffentlichkeit auf Sicherheit nebst fortwährendem Opferschutz gegenüber. Objektive Gefährlichkeit des Verwahrten muss Freiheitsentzug daher tragen. Therapie und ständige Prüfung im Interesse der Grundrechte bleiben Maxime.